

Herbert Obinger

Demokratie und Wirtschaftswachstum

Theoretische Ansätze und empirische Befunde
des quantitativen internationalen Vergleichs

Dieser Literaturbericht präsentiert theoretische Ansätze und neueste empirische Befunde vergleichender Studien zum Einfluß von »demokratischer Herrschaft« auf das Wirtschaftswachstum. Aus theoretischer Perspektive werden der Demokratie positive, negative, aber auch neutrale Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung zugeschrieben. Die Auswertung von 30, zwischen 1992 und 2001 publizierten empirischen Studien zeigt, daß die Inkompatibilitätsthese nicht mit dem gegenwärtigen Forschungsstand korrespondiert. Der Großteil der vorliegenden quantitativen Untersuchungen findet keinen signifikanten Einfluß der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum. Zukünftiger Forschungsbedarf besteht im Hinblick auf nicht-lineare und indirekte Regimeeffekte.

Einleitung

Die Frage nach der besten Herrschaftsform gehört zu den ältesten Forschungsfragen der Politikwissenschaft. Unbestritten scheint die Demokratie diesen Wettstreit für sich entschieden zu haben, wenngleich manche Beobachter unter dem Eindruck der vierten Demokratisierungswelle etwas vorschnell das Ende der Geschichte verkündet haben (Fukuyama 1992). Ähnlich alt ist in den Wirtschaftswissenschaften die Frage, welche Herrschaftsform der über das langfristige Wirtschaftswachstum gemessenen ökonomischen Entwicklung am besten zuträglich ist. Im Gegensatz zur Politikwissenschaft ist hier die entsprechende Antwort weitaus weniger eindeutig: Der Einfluß von politischen Regimen auf die ökonomische Entwicklung gehört trotz intensiver und mittlerweile jahrzehntelanger Forschung nach wie vor zu den großen Puzzles der Politischen Ökonomie (Lane/Ersson 1997: 9). Dieser Literaturbericht¹ versucht, theoretische Argumentationsmuster (1) und empirische Befunde (2) des internationalen Vergleichs kompakt darzustellen, um darauf aufbauend eine Bilanz zum Einfluß der Demokratie auf die ökonomische Entwicklung zu ziehen (3).

1 Für wertvolle Anregungen geht mein Dank an die anonymen Gutachter bzw. Gutachterinnen, die ZIB-Redaktion sowie an Reimut Zohlnhöfer.

1. Theorie

Eine Theorie zum Verhältnis zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum gibt es nicht. Vielmehr existieren verschiedene Theoriefragmente und oftmals auch nur Plausibilitätsüberlegungen zum Einfluß politischer Regime auf die ökonomische Entwicklung. Diese Theoriestränge und Überlegungen lassen sich in Anlehnung an Sirowy/Inkeles (1990: 128) zu einer optimistischen (Demokratie als wachstumsrelevante Schubkraft) und einer pessimistischen Sichtweise (Demokratie als wachstumsrelevante Bremskraft) verdichten. Daneben gibt es freilich auch Positionen, die dem Herrschaftsregime eine neutrale Rolle für die ökonomische Entwicklung beimessen (Neutralitätsthese) oder auf komplexere (z.B. nicht-lineare) Zusammenhänge hinweisen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß innerhalb dieser »Schulen« unterschiedliche kausale Wirkungsketten namhaft gemacht werden, so daß sich insgesamt ein ausgesprochen heterogenes Bild über den Einfluß von politischen Regimen auf das Wirtschaftswachstum ergibt.

1.1. Die Demokratie als Wachstumsbremse

Negative Effekte der Demokratie auf die ökonomische Entwicklung stehen im Zentrum der Theorie der Verteilungskoalitionen (Olson 1982). Gemäß Olson (1968; 1982: 41) verfügen kleine Gruppen über besonders vorteilhafte organisatorische Kapazitäten für kollektives Handeln und sind deshalb besser in der Lage, ihre Interessen auf Kosten der Allgemeinheit durchzusetzen. Es bilden sich daher Verteilungskoalitionen, die nach einem möglichst großen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Kuchen streben (Olson 1982: 42). Mittels Lobbying und Kartellbildungen wird *rent-seeking* betrieben, indem solche Verteilungskoalitionen versuchen, für ihre Mitglieder kontinuierliche Einkommensströme (Renten) zu sichern, die oberhalb des Niveaus liegen, das sie bei vollständiger Konkurrenz erzielt hätten. Die Folge dieses Rationalverhaltens sind eine Verzerrung der Preise, eine höhere Regulierungsdichte sowie höhere Marktzutrittsbarrieren, eine höhere Entscheidungsinflexibilität und eine Ausweitung der Staatsintervention (Olson 1982: 44-74). Dadurch wird massiv in den über das Preissystem bewerkstelligten dezentralen Koordinationsmechanismus einer Marktwirtschaft eingegriffen und die Anreizstruktur für wirtschaftliches Handeln verändert. Verteilungskoalitionen führen zu einer Fehlallokation von Ressourcen, bremsen den technologischen Wandel und blockieren auf diese Art und Weise das Wirtschaftswachstum (Olson 1982: 65; Weede 2000: 48).

Das Ausmaß von *rent-seeking* wird nun auch von politischen Regimen beeinflusst. Da die Demokratie jedem Bürger Freiheits- und Beteiligungsrechte gewährt, ist es gerade ihr freiheitlich-egalitärer Charakter, der sie für die Ausbreitung von Verteilungskoalitionen anfällig macht. Folglich bilden sich gemäß früher Arbeiten von Mancur Olson und Erich Weede um so mehr Verteilungskoalitionen aus, je älter die Demokratie ist: Mit zunehmendem Alter der Demokratie – so die Hypothese – wird daher das Wirtschaftswachstum immer geringer (Weede 1986: 224). Die Kernthese

hinsichtlich des Bremseffekts von Demokratien besteht insgesamt also darin, »that unrestrained political participation enables societal groups to make extensive demands on the state, forcing it to serve particularistic interests and preventing it from pursuing the broader interests of society as a whole« (Gasirowski 2000: 322).

Mit diesem Argument eng zusammenhängend werden der Demokratie negative Effekte auf die ökonomische Entwicklung auch wegen der ihr innewohnenden Neigung zu kurzfristiger Politik attestiert. Bereits Tocqueville (1985) bemängelte die Kurzatmigkeit der Demokratie, die schlechte Gesetze zur Folge hätte. Der kurze Zeithorizont der an Wiederwahl interessierten Politiker führt auch aus der Sicht mancher *Public-choice*-Theoretiker dazu, daß eine kurzsichtige und zuallererst am Wahltermin ausgerichtete Politik implementiert werde (Nordhaus 1975). Die Stimulierung von langfristigem Wirtschaftswachstum kann jedoch nur über angebotsseitige und mitunter unpopuläre Maßnahmen erfolgen, die naturgemäß erst in langfristiger Perspektive Wirkung entfalten und deshalb von nutzenmaximierenden Politikern kurzfristig nicht zur Erhöhung ihrer Wiederwahlchancen instrumentalisiert werden können. Überdies erfordern Investitionen gegenwärtigen Konsumverzicht zugunsten erweiterter zukünftiger Konsummöglichkeiten. Die Logik des politischen Konjunkturzyklus kann nun dazu führen, daß öffentliche Investitionen in einem suboptimalen Ausmaß getätigt werden (Nordhaus 1975: 188). Zum Zweck der Sicherung der Wiederwahl kommt es zu einer politisch motivierten Einkommensumverteilung und einer staatlichen Überregulierung zugunsten von wahlstrategisch relevanten Gruppen und Sonderinteressen. Vor dem Hintergrund einer typischerweise rechtsschiefen Einkommensverteilung sind gerade in Demokratien die Bezieher geringer Einkommen wahlentscheidend. Eine wahlstrategisch motivierte Einkommensumverteilung zugunsten ärmerer Bevölkerungsschichten erhöht aber den kurzfristigen Konsum, reduziert die Sparquote und dämpft in letzter Konsequenz das Wirtschaftswachstum. In vielen älteren Arbeiten aus den 1960er und 1970er Jahren wird daher angenommen, daß sich Autokratien einer Tendenz zu hohem Gegenwartskonsum stärker widersetzen können (vgl. Pourgerami 1988: 124-125; Sirowy/Inkeles 1990: 128-132). Da gerade ärmere Länder einem Konsumzwang unterliegen, kann eine höhere Sparquote nur durch Repression sichergestellt werden. Überdies wurde argumentiert, daß politische Partizipationsrechte eine Bedrohung für *property rights* darstellen können, da eine unterprivilegierte Mehrheit die Mehrheitsregel zur Expropriation einer reichen Minderheit instrumentalisieren kann. Zudem seien gerade junge Demokratien auf geringem ökonomischem Entwicklungsniveau politisch instabil, während Autokratien durch ihr Repressionspotential politische Stabilität garantieren könnten (Huntington 1968).

Völlig unterbelichtet blieb in diesen Arbeiten jedoch, welche Anreize die politischen Eliten in Autokratien für eine solche langfristige Politikorientierung besitzen. Implizit wurde in diesen Arbeiten von einem wohlwollenden Diktator ausgegangen, der an der Maximierung des Wohlstands der Bevölkerung interessiert ist. Eine solche Vorstellung ist aber naiv (Weede 1993: 192; Przeworski/Limongi 1993: 55; Plümpert 2001: 81). Der ökonomische Erfolg einiger ostasiatischer Staaten rettete diese Sichtweise allerdings bis in die Gegenwart, verleitete aber den *Economist* zur sarka-

stischen Bemerkung: »If dictators made countries rich, Africa would be an economic colossus«.² Arbeiten, die die Anreizstrukturen von unterschiedlichen politischen Regimen genauer unter die Lupe nehmen, kommen folglich auch zu ungleich differenzierteren Befunden (vgl. Abschnitt 1.4).

1.2. Die Demokratie als Wachstumsmotor

Jene Arbeiten, die in der Demokratie einen Wachstumsmotor sehen, verweisen in erster Linie auf die höhere Allokationseffizienz in Demokratien. Diese resultiert aus der Verantwortlichkeit der Politiker gegenüber dem Souverän, besser gesicherten Eigentumsrechten sowie einem freien Informationsfluß (Przeworski et al. 2000: 143-144).

Gegen die »Schizophrenie vieler Ökonomen«, wonach nur Märkte effizient, politische Märkte jedoch ineffizient seien, argumentiert Wittman (1989: 1396). Aufgrund des kompetitiven Wettbewerbs zwischen politischen Eliten und des Responsivitätszwangs gegenüber den Präferenzen des Souveräns generieren Demokratien eine günstige ökonomische Performanz. Auch Londregan/Poole (1990: 175) argumentieren, daß das von Wahlen ausgehende Sanktionspotential für officeorientierte Politiker einen Anreiz darstellt, Wirtschaftswachstum zu forcieren. Diese Auffassung wird auch von Alesina et al. (1992: 6) geteilt: »Voters do not reelect incumbents if they perceive that the latter have mismanaged the economy. Specifically, voters appear to pay particular attention to income growth immediately before elections«.

Friedman (1962) und Scully (1988) führen den positiven Effekt der Demokratie auf die freiheitliche Ordnung zurück. Sie unterstellen generell ein Komplementärverhältnis zwischen politischer und ökonomischer Freiheit im Sinne einer synergetischen Konstellation zwischen der Demokratie und einer marktwirtschaftlich organisierten Ökonomie (vgl. auch Dawson 1998: 615f). Ein kompetitives politisches System sichert langfristig hohe Freiheitsrechte, die den Individuen die Verfolgung ihrer Eigeninteressen erlauben und damit Wohlstand fördern (Pourgerami 1988: 126). Insbesondere die rechtsstaatlich eingegrenzte liberale Demokratie schaffe auch im Wirtschaftsbereich jene Freiheiten, die Voraussetzung jeder nachhaltigen ökonomischen Entwicklung sind.

In die gleiche Kerbe schlägt Bhalla (1997: 228): »Free markets, and free societies, are the important ingredients to rapid economic development«. Beach/Davies (1997) und Ali (1997) heben dabei vor allem die Schubwirkung ökonomischer Freiheitsrechte hervor.

Einige dieser Studien bewegen sich theoretisch jedoch auf dünnem Eis und sind zum Teil ideologisch stark eingefärbt. Insbesondere geht aus manchen Arbeiten nicht hervor, über welche Kanäle die höheren politischen Freiheits- und Partizipationsrechte von Demokratien sich in der ökonomischen Performanz niederschlagen. Fündig wird man diesbezüglich bei Douglass C. Norths Transaktionskostentheorie der

2 Zitiert nach Nelson/Singh (1998: 680).

Politik sowie generell bei Ansätzen, die den Zusammenhang zwischen politischen Regimen und den institutionellen Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln in den Vordergrund rücken. North (1990) geht davon aus, daß in Demokratien geringere Transaktionskosten für wirtschaftliches Handeln anfallen. Dieser Gedanke basiert letztendlich auf der Annahme, daß Demokratien ein besseres Institutionengefüge hervorbringen. Folglich führt North (1990: 364) die ökonomische Performanz vieler kommunistischer Länder und Staaten der Dritten Welt unmittelbar auf ineffiziente (politische) Institutionen und dadurch induzierte hohe Transaktionskosten zurück. Die Demokratie ist dagegen jene Herrschaftsform, die ökonomische Transaktionskosten am stärksten minimiert:

»Unter welchen Umständen könnte der politische Markt das Modell effizienten ökonomischen Tausches mit Transaktionskosten von null annähernd erreichen? [...] Die Institutionenordnung, die am ehesten die Annäherung derartiger Bedingungen begünstigt, ist eine moderne demokratische Gesellschaft mit allgemeinem Wahlrecht« (North 1992: 129).

Auch Leblang (1996) zeigt, daß insbesondere Demokratien Eigentumsrechte garantieren und schützen, da die demokratischen Institutionen die Zügelung staatlicher Willkür ermöglichen: »Democratic regimes will less likely confiscate possessions and more likely to provide a stable environment governed by efficient property rights structures« (Leblang 1996: 18).

Die Demokratie – so ein weiteres Argument – bietet auch bessere Möglichkeiten zur Sanktionierung der politischen Elite, die so gezwungen wird, im Interesse des Souveräns zu handeln. Durch die Beschneidung des staatlichen Willkürpotentials erwache eine höhere Glaubwürdigkeit der Politik. Die liberalen politischen Institutionen repräsentieren nämlich eine »commitment technology by taking discretion away from the ruler and forcing him to live up to his contracts« (Schultz/Weingast 1996: 9). Dieses Institutionengefüge trägt *ex ante* zur Reduzierung von Unsicherheit bei. Gleichzeitig werden damit bessere Anreizbedingungen im Sinne verbesserter Sicherheits- und Vertrauensgarantien für wirtschaftliches Handeln gesetzt. So identifizieren Schultz und Weingast (1996) in ihrer historischen Analyse eine höhere Bereitschaft von repräsentativ-demokratischen Systemen zur Finanzierung der Staatsverschuldung, wodurch sich Demokratien in militärischen Auseinandersetzungen mit Autokratien behaupten konnten. Insgesamt wird analog zu North (1992) die These vertreten, daß die Demokratie ein effizienteres und damit wachstumsfreundliches Institutionensystem hervorbringe:

»[...] the institutions of limited government provide the necessary political foundation for a free market economy. Credible limits on the reach of the government establish the protection of private orderings, both political and economic [...]. Over the long run, this yields a healthier and more efficient economy than those of authoritarian regimes, thereby allowing liberal states to draw on a larger resource base« (Schultz/Weingast 1996: 40).

Zugunsten der Demokratie spricht auch ihre Fähigkeit zur Korrektur falscher Entscheidungen (Bhalla 1997: 203; Weede 2000: 268). Diese ergibt sich zum einen aus dem permanenten Widerstreit zwischen Regierung und Opposition. Die kritische

Durchleuchtung von Regierungspolitik kann dazu führen, daß Fehlentwicklungen erkannt und entweder rechtzeitig gestoppt oder auch zurückgenommen werden können. Die Kontrolle der Regierenden und die Aufdeckung von Fehlentwicklungen wird zum anderen durch die höhere Transparenz politischer Entscheidungsprozesse, ein freies Medienwesen und entwickelte Freiheitsrechte mitbefördert. In Autokratien fehlen naturgemäß solche Kontrollinstanzen. Die Konzentration großer Entscheidungsbefugnisse in den Händen weniger geht mit einer höheren Fehlbarkeit der Entscheidungsträger einher und führt im Vergleich mit politischen Systemen mit diversifizierter Entscheidungsstruktur zu einer hohen Politikvarianz in Autokratien. »For political systems, the largest difference in the volatility of performance will be between an absolute dictatorship with a single preceptor and a system in which political authority is widely distributed« (Sah 1991: 71). Gewendet auf die ökonomische Entwicklung bedeutet dies, daß sich je nachdem, ob ein »guter« oder ein »schlechter« Diktator regiert, die ökonomische Performanz von Autokratien erheblich unterscheidet. Die höhere Transparenz von Entscheidungsprozessen in Demokratien stellt eine Schutzvorkehrung gegenüber Verteilungskonkurrenzen oder Korruption dar, die in Demokratien weniger verbreitet ist als in der überwiegenden Mehrzahl autokratischer Regime. Am stärksten entwickelt sind derartige Sanktionsmöglichkeiten in Systemen mit ausgebauter Direktdemokratie. Plebiszite gelten in der *Public-choice*-Literatur als scharfe Waffe zur Zerschlagung von gegen die Wählerschaft gerichteten Kartellen der politischen Eliten (Feld/Savioz 1998; Eichenberger 1999). Auch in den Außenbeziehungen eines Landes dämmt die Demokratie die kriegslüsternden Ambitionen kleiner, jedoch wohlorganisierter Interessenkartelle ein. Wahlen, Machtdiffusion und Informationspluralismus stellen eine Gegenmacht zum *logrolling* militärischer Aggressionskartelle dar und zügeln deren für Staat und Ökonomie oft selbstzerstörerischen Expansionsbestrebungen (Snyder 1991: 39f, 49-52).

Demokratien sind nach Auffassung vieler Vertreter der empirischen Demokratieforschung anpassungsfähiger an neue Herausforderungen. Wirtschaftswachstum als »Prozeß kontrollierter Revolution« (Kuznets 1973: 252) führt in allen Teilbereichen der Gesellschaft zu Veränderungen (Rosenberg/Birdzell 1986: viii) und induziert vielfältige Konflikte. Wirtschaftswachstum setzt daher nach Simon Kuznets politisch-institutionelle Rahmenbedingungen voraus, die einerseits Konflikte dämpfen und Stabilität garantieren, andererseits aber flexibel genug sind, um Veränderungen zuzulassen (Kuznets 1973: 254). Auch Shmuel Eisenstadt (1973: 48f) sieht den »most crucial test of modernization« in einem ausdifferenzierten politischen Institutionensystem, das gleichzeitig flexibel genug ist, um die massiven sozio-ökonomischen Veränderungen weitgehend konfliktfrei zu absorbieren. Demokratien erfüllen dieses von Kuznets und Eisenstadt herausgearbeitete institutionelle Anforderungsprofil für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung vergleichsweise gut: Demokratien gelten – sofern sie rechtsstaatlich eingefasst sind – als relativ stabile Regime. Gleichzeitig sind sie im Vergleich zu Autokratien flexibler in ihrer Anpassungsfähigkeit an neue Problemlagen und Herausforderungen (Schmidt 2000: 507). Ähnlich argumentiert auch Dani Rodrik (1998: 149-150). Außenwirtschaftliche Öffnung bzw. die Globalisierung eröffnet zwar Wachstumschancen (vgl. Sachs/Warner 1995;

OECD 1998; Durth 2000),³ macht aber die nationalen Ökonomien gleichzeitig verwundbarer gegenüber exogenen Schocks und dadurch ausgelöste soziale Konflikte. Nur Länder, die über schockabsorbierende Institutionen verfügen, können von der Integration in die Weltwirtschaft profitieren. Als Beispiele für solche Institutionen nennt er den Rechtsstaat, soziale Sicherheit (ähnlich: Rieger/Leibfried 2001) und politische und bürgerliche Freiheitsrechte (Rodrik 1998: 156).

Verwandt mit dem Argument einer flexiblen Anpassungsfähigkeit von Demokratien an neue Problemlagen ist die These einer höheren Durchlässigkeit von Ideen. Politische Regime schaffen auch ein Klima für Innovation. Die hohen individuellen Freiheitsrechte in Demokratien und die Zügelung und Diffusion von Macht ziehen nicht nur Humankapital an, sondern ermöglichen auch eine schnellere und breitere Zirkulation von Information sowie des dezentral verteilten Wissens (Hayek 1945) und schaffen ein günstiges Klima für den technologischen Fortschritt. So kommt der Wirtschaftshistoriker Joel Mokyr (1992) in seiner Studie zu den Grundlagen des technischen Fortschritts zum Befund:

»It seems that as a general rule, then, the weaker the government, the better it is for innovation. With some notable exceptions, autocratic rulers have tended to be hostile or indifferent to technological change. [...] governments set the tone for a society's attitudes toward nonconformists. Inventors are by and large unconventional people, who rebel in some way against the status quo [...]. Technological progress requires above all tolerance toward the unfamiliar and the eccentric. [...] Whenever religious and intellectual intolerance spread through Europe, [...], their advent coincided with a temporary slowdown in technological development« (Mokyr 1992: 180, 182, 183).

Ein weiteres Argument, das zugunsten eines ökonomischen Schubeffekts der Demokratie ins Feld geführt wird, ist ihre geringere Konflikthanfälligkeit. Das Konzept des »demokratischen Friedens« repräsentiert »the most replicated research program in the modern study of international politics« (Maoz 1997: 162). Gleichzeitig handelt es sich um ein hoch kontroverses Forschungsfeld innerhalb der Internationalen Beziehungen (vgl. Russett et al. 1995; Geis 2001). Demokratien führen – so der Befund – zwar untereinander kaum Krieg, sind aber fast ebenso oft in Konflikte involviert wie Autokratien. Allerdings wird dabei übersehen, daß Demokratien ungleich seltener in schwere Konflikte mit hohen Opferzahlen verwickelt sind als autoritäre oder totalitäre Regime. Erst wenn auf den Zusammenhang zwischen Regimetypus und Konfliktniveau abgehoben wird, zeigt sich »that democracies are in fact the most pacific of regimes« (Rummel 1995: 458). Dies ist insofern von Relevanz, als innerhalb der Wachstumsforschung Konsens darüber besteht, daß schwere Konflikte mit hohem Zerstörungspotenzial die ökonomische Entwicklung dämpfen.

- 3 Diese optimistische Sicht korrespondiert mit einer pessimistischen Sichtweise neo-marxistischer Provenienz, die in der Globalisierung nicht nur einen neuen Primat der Ökonomie und eine Bedrohung für die nationalstaatlich eingehegte Demokratie erkennt, sondern auch von einem ungleichen Wettbewerb ausgeht, der zur Verfestigung alter Ausbeutungsverhältnisse und einer Verschärfung des Wohlstandsgefälles zwischen reichen und armen Ländern führt (exemplarisch: Narr/Schubert 1994).

1.3. Komplexe Regimeeffekte

Neben diesen theoretischen Arbeiten, die Demokratien einen durchwegs positiven Einfluß auf die ökonomische Entwicklung bescheinigen, gibt es theoretische Ansätze, die differenzierte Effekte der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt stellen. Plümper/Martin (2000) haben – inspiriert durch empirische Befunde von Robert Barro (1996, 1997) – ein Modell formuliert, das variable, vom Demokratisierungsniveau abhängige Effekte prognostiziert.⁴ Namentlich wird aus dem Modell ein nicht-linearer Regimeeffekt abgeleitet und zwar dergestalt, daß der Übergang von einer Autokratie zur Demokratie bis zu einem kritischen Punkt Wirtschaftswachstum induziert. Wird dieser Punkt überschritten, geht dies mit Wachstumseinbußen einher. Theoretischer Ausgangspunkt der Argumentation ist das klassische Politikverständnis der *Public-choice*-Literatur: Politiker haben nur ein Interesse, nämlich Machterhalt. Sowohl in Demokratien als auch in Autokratien müssen sich Regierungen die Loyalität ihrer Untertanen sichern, indem Regierungen den Nutzen jener, die über ihren Verbleib im Amt zu entscheiden haben, positiv beeinflussen. Zwei Instrumente stehen hierzu zur Verfügung, nämlich die selektive Verteilung von Renten und die Produktion öffentlicher Güter, die allen Gesellschaftsmitgliedern zugutekommen. Die Instrumentenwahl zur Sicherung des Machterhalts unterscheidet sich nun je nach politischem Regimetyp: In Autokratien sichert sich die Regierung die Loyalität kleiner pivotaler Gruppen über die Gewährung von Renten, während gleichzeitig eine Unterversorgung bei öffentlichen Gütern auftritt. *Rent seeking* führt aber zu keiner Produktivitätssteigerung. Demokratisch legitimierte Regierungen, deren Überleben in der Hand einer großen Zahl von Personen liegt, bedienen sich hingegen zum »Stimmenkauf« der Produktion öffentlicher Güter, die bis zu einem kritischen Punkt auch das Wirtschaftswachstum stimuliert. Dieser limitierte Wachstumseffekt ist einer Art *Crowding-out*-Effekt geschuldet, da ab einem kritischen Punkt öffentliche Investitionen zunehmend effizientere private Investitionen verdrängen. Die Steuerprogression führe schließlich dazu, daß es in hoch entwickelten Demokratien zu einer Überproduktion an öffentlichen Gütern komme. Der entscheidende kausale Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und dem Wirtschaftswachstum verläuft über die Staatsquote. Diese setzt sich aus den Ausgaben für Renten und öffentliche Güter zusammen. Die Ausgaben für öffentliche Güter steigen proportional zum Demokratieniveau, während die Aufwendungen für Renten linear abnehmen. Aus der Addition dieser Streckenzüge ergibt sich eine u-förmige Beziehung zwischen politischer Partizipation und der Staatsquote und daraus resultiert ein kurvilinearereffekt politischer Partizipation auf das Wirtschaftswachstum. Insbesondere in Autokratien geht damit die Ausweitung politischer Partizipationsrechte mit höheren Wachstumsraten einher (Plümper 2001: 97).

4 Vgl. hierzu auch Azam (1994) und Bueno de Mesquita et al. (2001).

1.4. Die regimespezifische Neutralitätsthese

Schließlich findet sich in der Literatur neben der optimistischen und pessimistischen Sichtweise auch eine Position, die dem Herrschaftssystem keine eindeutigen Effekte auf die ökonomische Entwicklung zuschreibt (Neutralitätsthese). So kann etwa argumentiert werden, daß die oben skizzierten positiven und negativen Eigenschaften der Demokratie und der Autokratie sich wechselseitig neutralisieren. Nimmt man wie Durham (1999: 81) an, daß der zentrale Kausalzusammenhang zwischen politischen Regimen und der ökonomischen Entwicklung über das Willkürpotential eines Regimes verläuft, könnte man im Lichte der oben skizzierten Theorien annehmen, daß sowohl ein »limited government« als auch eine auf ökonomische Entwicklung bedachte Autokratie mit hohem Handlungsradius und Repressionspotential der ökonomischen Entwicklung zuträglich sind, so daß im Durchschnitt eine ähnliche Wachstumsperformanz erzielt wird.

Für die regimebezogene Neutralitätsthese sprechen zudem die neueren Arbeiten von Mancur Olson (1993), in denen die Anreizstrukturen von politischen Systemen gründlicher als bislang unter die Lupe genommen werden. Im Vergleich zu autokratisch regierten Ländern erstrahlt die Demokratie nun in hellerem Licht. Olson hatte bereits in seinem 1982 erschienenen Klassiker darauf hingewiesen, daß umfassende Interessenorganisationen (*encompassing interests*) mit einem hohen Organisationsgrad einen starken Anreiz zum gemeinwohlorientierten Handeln besitzen (Olson 1982: 48). Ein solcher Anreiz wird in reifen Demokratien durch die Mehrheitsregel sichergestellt. Aber auch in bestimmten Autokratietypen besitzt ein Autokrat ein solches Interesse. Wie Olson (1993) in seiner brillanten »Banditenparabel« gezeigt hat, variieren die Anreize für die politische Elite in Autokratien mit dem Zeithorizont im Sinne der Überlebenswahrscheinlichkeit des Regimes. Während es für einen Diktator mit kurzfristigem Zeithorizont rational ist, zuallererst in die eigene Tasche zu wirtschaften (*roving bandit*), besitzen autoritäre Regime mit längerfristigem Zeithorizont durchaus einen inhärenten Anreiz, die Produktivität der Untertanen zu erhöhen, indem zunächst ökonomische Verfügungs- und Eigentumsrechte garantiert werden, um dann über Steuern einen Teil des dadurch erzielten Produktivitätszuwachses für die politische Elite abzuziehen (*stationary bandit*). Innerhalb der Gruppe der autoritär regierten Länder gilt es daher, zwischen Kleptokratien und stabilen Autokratien zu unterscheiden (ähnlich: Alesina/Perotti 1994; Weede 1996).

Das zentrale Problem aller Autokratien ist aber die ungeregelte Machtübergabe. Die Ungewißheit über den Nachfolger eines Diktators bedeutet für die Wirtschaftssubjekte Unsicherheit. Hierin hat die reife Demokratie mit ihren klaren Spielregeln der Machtübergabe einen komparativen Vorteil:

»In an autocracy, the autocrat will often have a short time horizon, and the absence of any independent power to assure an orderly legal succession means that there is always substantial uncertainty about what will happen when the current autocrat is gone. [...] But in the secure democracy with predictable succession of power under the rule of law, the adjudication and enforcement of individual rights is not similarly short-sighted« (Olson 1993: 572).

Auch wenn daher stabile Autokratien einen Anreiz haben, *property rights* zu garantieren, besteht langfristig keine Sicherheit darüber, daß auch der Nachfolger diese Garantie aufrechterhält. Olson (1993) nimmt daher an, daß stabile Autokratien zwar hohe Wachstumsraten generieren können, dies ist aber nur mittelfristig möglich, wobei er diesen Zeitraum mit der Regierungszeit von einem oder zwei Diktatoren eingrenzt. Anders ist dies bei der Demokratie, die langfristig ökonomische Eigentums- und Verfügungsrechte sichert. Hier besteht sogar ein institutionelles Komplementärverhältnis zwischen der Garantie von *property rights* und den Bestandsvoraussetzungen der Demokratie:

»Interestingly, the conditions that are needed to have the individual rights needed for maximum economic development are exactly the same conditions that are needed to have a *lasting* democracy. Obviously, a democracy is not viable if individuals, including the leading rivals of the administration in power, lack the rights to free speech and to security for their property and contracts or if the rule of law is not followed even when it calls for the current administration to leave office. Thus the *same* court system, independent judiciary, and respect for law and individual rights that are needed for a lasting democracy are also required for security of property and contract rights« (Olson 1993: 572, Hervorh. dort).

Von diesen Vorteilen der reifen Demokratie muß aber die negative Wirkung von Verteilungskonkurrenzen in Abzug gebracht werden. Ganz im Einklang mit der theoretischen Analyse zeigen Olson und seine Kollegen in einer empirischen Studie (Clague et al. 1996), daß Demokratien und stabile Autokratien ein höher entwickeltes Institutionengefüge hervorbringen als Kleptokratien. Hinsichtlich der Wachstumsperformanz von politischen Regimen kann aus diesen theoretischen und empirischen Resultaten die Schlußfolgerung gezogen werden, daß es mit stabilen Demokratien und stabilen Autokratien zwei Regimetypen gibt, die – im Fall der stabilen Autokratien – zumindest mittelfristig mit nachhaltigem Wirtschaftswachstum kompatibel sind. Gleichzeitig impliziert Olsons Analyse eine höhere Varianz der Wirtschaftswachstumsraten innerhalb der Gruppe der autoritär regierten Staaten, da die politische Elite in Kleptokratien und stabilen Autokratien höchst unterschiedliche Anreize in bezug auf eine gesamtwirtschaftliche Wohlstandsvermehrung besitzt. Diese neueren theoretischen Arbeiten von Mancur Olson lassen damit insgesamt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen politischen Regimen und der ökonomischen Entwicklung erwarten.

Keine klaren Regimeeffekte erwartet auch Wintrobe (1998: 338), wenn er feststellt: »dictators have a greater capacity for *action*, good or bad« (Hervorh. dort). Die Demokratie neige zwar zur Selbstblockade, während ein Diktator frei von Kompromißzwängen agieren kann. Allerdings ist gleichzeitig auch sein Willkürpotential größer. Die konkrete Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum hängt – ähnlich wie bei Sah (1991: 69-73) – von der Frage ab, »who controls the regime« (Wintrobe 1998: 339). Er unterscheidet zwischen vier verschiedenen Diktaturtypen, nämlich einem wachstumsfreundlichen »capital-based regime« (z.B. südostasiatische Länder), »labor-dominated«-Diktaturen (z.B. kommunistische Regime), Militärdiktaturen und reinen, an die Herrschaft einer Person gebundene Diktaturen. Hinsichtlich der ökonomischen Performanz schneiden nur die kapitalfreundlichen Regime positiv ab.

Durch Repression der Arbeiterschaft, politische Stabilität und geringe Löhne ziehen sie Kapital und Investitionen an. *Labor-oriented*-Regime erreichen den genau umgekehrten Effekt, da sie vornehmlich an der Erhöhung der Löhne interessiert sind. Bei Militärdiktaturen handelt es sich zumeist um kurzlebige Übergangsregime, die zuerst eine Erhöhung des Militärbudgets anvisieren. Völlig unberechenbar sind hingegen Ein-Personen-Diktaturen. Auch diese Befunde legen keine eindeutigen Effekte eines Herrschaftsregimes nahe, sondern lassen vielmehr eine hohe Varianz in der ökonomischen Performanz von Autokratien erwarten.

Keine Regimeunterschiede postulieren auch Forscher, die in der (wirtschafts-) politischen Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungsträger den entscheidenden Zusammenhang zwischen politischen Regimen und dem Wirtschaftswachstum sehen. Die Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungsträger liegt demnach zu einem eng gezogenen Demokratie-Diktatur-Vergleich quer:

»The problem of lack of credibility can prevail in a democracy and in an autocracy, it can be present in both a benevolent and a malevolent auto-cracy. [...] Having free elections and democratic institutions are obviously not sufficient conditions for establishing political credibility« (Borner et al. 1995: 16f; vgl. auch Brunetti 1997).

2. Empirische Befunde (1992-2001)

Aufgabe quantitativer Forschung sollte es sein, zwischen diesen theoretischen Ansätzen zu diskriminieren. Ohne den Befunden der zahlreichen Studien vorgreifen zu wollen, ist dies jedoch auf den ersten Blick nicht eindeutig möglich, da die vorliegenden empirischen Untersuchungen Anhaltspunkte zugunsten aller theoretischen Überlegungen zutage fördern. Eine Reihe von methodischen Problemen, die in jüngster Zeit in das Bewußtsein gerückt und gerade in der empirischen Wachstumsforschung virulent sind, zeichnet hierfür verantwortlich (vgl. Durlauf/Quah 1998; Temple 1999). Diese Probleme können zwar zum Teil ökonometrisch behoben werden, allerdings oft nur um den Preis der Inkaufnahme neuer Schwierigkeiten. Bevor die empirischen Ergebnisse vorgestellt werden, soll an dieser Stelle auf fünf mögliche Ursachen für die zum Teil inkonsistenten Befunde hingewiesen werden (vgl. Kenny/Williams 2001: 10-12). Dies dient in erster Linie als Orientierungshilfe und soll dem Eindruck vorbeugen, daß mittels quantitativer Untersuchungsmethoden alles und nichts »bewiesen« werden könne.

Eine erste potentielle Quelle für unterschiedliche Befunde bilden unterschiedliche Untersuchungsperioden, Samplegrößen sowie verschiedene Datenquellen für die abhängige Variable. Zweitens verwenden die Studien unterschiedliche Verfahren der Datenanalyse und Untersuchungsdesigns. Neben Querschnittsanalysen kommen sogenannte gepoolte Untersuchungsdesigns und neuerdings auch Simultangleichungsansätze zur Anwendung. Jeder dieser Ansätze besitzt eigentümliche Stärken und Schwächen. Drittens kommen unterschiedliche Demokratieindikatoren als mögliche Quelle für divergente Ergebnisse in Frage. Da es sich bei politischen Regimen um komplexe und mehrdimensionale Phänomene handelt, gibt es eine Reihe verschiede-

dener Demokratieindikatoren, die jeweils unterschiedliche Regimedimensionen abbilden. Viertens besteht zwischen politischen Regimen und der ökonomischen Entwicklung eine wechselseitige Kausalität. Dies eröffnet die Gefahr eines Endogenitätsbias. Der m.E. bedeutendste Grund für die heterogenen Befunde liegt aber fünftens darin, daß manche Studien sehr strikte Robustheitstests durchführen, während andere selbst auf einfache Sensitivitätstests gänzlich verzichten. Die Robustheit der Schätzgleichungen ist insbesondere in der empirischen Wachstumsforschung ein Problem, da es aus theoretischer Perspektive eine große Anzahl unabhängiger Variablen zur Erklärung des Wirtschaftswachstums gibt. Sala-i-Martin (1997: 181) berichtet von 22 Variablen, die sich in seinen Analysen als wachstumsprägend erwiesen haben. Bei einer derartig großen Zahl potentieller Einflußgrößen besteht die Gefahr, daß die Schätzergebnisse sensitiv auf unterschiedliche Regressorenkombinationen reagieren. Das Robustheitsproblem findet daher im folgenden Überblick über den Forschungsstand besondere Berücksichtigung.

Analog zur Vielfalt der postulierten theoretischen Zusammenhänge zwischen politischen Regimen und der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen die vorliegenden empirischen Arbeiten alles andere als ein eindeutiges Bild. Diese Heterogenität zeigt sich bereits in zwei Review-Artikeln, die den (älteren) Forschungsstand bis Anfang der 1990er Jahre zusammenfassen (Sirowy/Inkeles 1990: 150; Przeworski/Limongi 1993: 60). Sirowy und Inkeles haben insgesamt 13 im Zeitraum zwischen 1967 und 1988 publizierte Studien ausgewertet. Drei weisen einen negativen Effekt der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum aus, sechs Studien finden keinen systematischen Zusammenhang, während die verbleibenden vier Untersuchungen unspezifische (z.B. *subsample*-spezifische) Effekte nachweisen. Allerdings haben Sirowy/Inkeles drei Studien übersehen, die einen positiven Effekt von Demokratien auf das Wirtschaftswachstum zeigen konnten (Kormendi/Meguire 1985: 156; Grier/Tullock 1989: 272-273; Pourgerami 1988: 136). Die Ursachen für diese widersprüchlichen Befunde verorten die Autoren in unterschiedlichen Samplegrößen und Untersuchungszeiträumen, Fehlspezifizierungen des Wachstumsmodells und unterschiedlichen Operationalisierungen des Demokratieindikators (Sirowy/Inkeles 1990: 137-139).

Auch der zweite Review-Artikel von Przeworski/Limongi (1993) kommt zu ähnlichen Schlüssen. Insgesamt wurden dafür 18 Studien ausgewertet, die im Zeitraum zwischen 1966 und 1992 publiziert worden waren. Diese 18 Studien führten zu insgesamt 21 Befunden, da einige Studien *sample*- und periodenspezifische Differenzierungen vornahmen. Jeweils acht Studien klassifizieren entweder die Demokratie oder die Autokratie als das mit Wirtschaftswachstum kompatible Regime. Fünf Studien bestätigen wiederum die Neutralitätsthese. Przeworski/Limongi (1993: 60) verweisen in ihrer Auswertung auf den Umstand, daß alle nach 1987 publizierten Studien entweder keinen Regimeunterschied oder einen Schubeffekt der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum nachweisen, so daß sie süffisant feststellen: »one can only wonder about the relation between statistics and ideology« (Przeworski/Limongi 1993: 60).

Tabelle 1: Befunde neuerer empirischer Studien zum Verhältnis zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum

Autor(en)	Zeitraum	N ^a	Demokratieindikator	Effekt der Demokratie
Levine/Renelt (1992)	1960-85/89	83-86	Civil Liberties (Gastil)	Kein Effekt
Alesina et al. (1992)	1950/60-82	113	Demokratiedummy	Kein Effekt
Weede (1993)	1980-87	76-93	Gastil	Kein Effekt
Chatterji et al. (1993)	1960-85	85	Gastil, Human Freedom Index	Positiv
Helliwell (1994)	1960-85	90	Gastil, Bollen	Kein Effekt, positiver Effekt auf Investitionen und Bildung
Mbaku (1994)	1970-91	117	Bollen	Positiv, jedoch sample-spezifische Effekte
Feng (1995)	1982-88	11/19	Gastil, Jagers/Gurr (Polity II)	Positiv
De Haan/Siermann (1995a, b)	1961-92	81-110	Alter der Demokratie basierend auf Gasiorowski	Kein Effekt, positiver Effekt auf die Investitionen (fragil)
Knack/Keefer (1995)	1974-89	97	Gastil	Kein Effekt
Barro (1996)	1960-90	78-89	Gastil, Bollen	Kein linearer Effekt Kurvilinearer Effekt
Leblang (1996)	1960-90	Ca. 50	Jagers/Gurr (Polity II)	Kein Effekt, positiver Effekt auf Property Rights
Weede (1996)	1980-87 1960-79	76-93	Gastil, Bollen	Kein Effekt, geringere Volatilität
Bhalla (1997)	1973-90	68	Gastil	Positiver Effekt
Przeworski/Limongi (1997)	1950-90	139	Dichotome Regimevariable	Kein Effekt
Feng (1997)	1960-80	96	Jagers/Gurr (Polity II)	Negativer Effekt, positiver Effekt auf die politische Stabilität
Leblang (1997)	1960-89	Ca. 70	Jagers/Gurr (Polity II)	Positiver Effekt
Lane/Ersson (1997)	1960-85 1965-89	86, 91	Gastil/Freedom House	Kein Effekt
Brunetti (1997)	1960/74-89	84-111	Gastil, Bollen, Wahlen (Taylor & Jodice)	Kein Effekt (Bollen, Gastil) Positiver Effekt von Wahlen (fragil)
Sala-i-Martin (1997)	1960-90	k.A.	Politische und bürgerliche Rechte (Gastil)	Positiv (robust)
Siermann (1997)	1960/61-88/91	89-110	Gastil, Gasiorowski	Kein Effekt
Ali (1997)	1975-90	89, 91	Gastil	Kein Effekt
Nelson/Singh (1998)	1970-89	67 LDCs	Gastil	Positiver Effekt

Dawson (1998)	1975-90	85	Gastil	Kein Effekt
Gupta et al. (1998)	1965-86	120	Gurr/Moore	Indirekter positiver Effekt über höhere politische Stabilität
Durham (1999)	1960-89	105	Zahl der effektiven Parteien/ Regierungssystem	Kein Effekt
Quinn/Woolley (1999)	1974-89	108	Gastil	Kein robuster Effekt Negativ (robust) auf die Volatilität des Wachstums
Obinger (1999, 2000, 2001)	1960-92, 1980-97	Ca. 90	Jagers/Gurr (Polity III), Freedom House, Vanhanen	Kein linearer Effekt Kurvilinear
Plümpert/Martin (2000)	1975-97	83	Executive constraints (Jagers/Gurr)	Kein linearer Effekt Kurvilinear
Przeworski et al. (2000)	1950-90	135	Dichotome Regimevariable	Kein Effekt
Gasiorowski (2000)	1968-91	49 LDCs	Jagers/Gurr (Polity III), eigener Indikator	Negativ

*N=Samplegröße

Die Literaturübersicht von Przeworski/Limongi (1993) erfaßt nur die bis 1992 erschienenen Arbeiten. Im folgenden werden die zentralen empirischen Ergebnisse der in den letzten zehn Jahren publizierten (und mir bekannten) Studien zusammengefaßt. Diese Auswertung von 30 empirischen Studien zum Einfluß politischer Regime auf das Wirtschaftswachstum spiegelt erneut die gesamte Bandbreite möglicher Zusammenhänge wider, wenngleich sich die Nebel etwas lichten. Tabelle 1 faßt die elementaren Befunde der neuesten empirischen Studien zusammen. Von den 30 ausgewerteten Studien findet die Mehrzahl, nämlich 20 Untersuchungen, keinen direkten linearen Zusammenhang zwischen der Demokratie und dem langfristigen Wirtschaftswachstum. Acht Untersuchungen orten empirische Evidenz für einen Schubeffekt von Demokratien, zwei Studien identifizieren die Demokratie als Wachstumsbremse, während drei Studien nicht-lineare Regimeeffekte identifizieren.

Levine/Renelt (1992: 950) finden sowohl auf Basis von Weltbank- und IMF-Daten als auch auf Basis von Daten des *Penn World Table Projects* keinen Zusammenhang zwischen einem Index der bürgerlichen Freiheitsrechte und dem Wirtschaftswachstum. Alesina et al. (1992) replizieren diesen Befund unter Verwendung unterschiedlichster Verfahren der Datenanalyse, wobei es sich bei dem in dieser Studie verwendeten Regimeindikator um einen einfachen 3er Index handelt, der zwischen Autokratien, vollentwickelten Demokratien und Semidemokratien unterscheidet (Alesina et al. 1992: 14). Helliwell (1994) erhält in seiner Studie zwar einen negativen (nicht signifikanten) Koeffizienten für seinen Demokratieindikator (Bollen-Index), allerdings fördert die Demokratie die Investitionstätigkeit und die Humankapitalbildung. Die Abschätzung des Nettoeffekts der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum bestätigt jedoch insgesamt die Neutralitätsthese (Helliwell 1994: 243). De Haan und

Siermann (1995a: 189) finden ebenfalls keinen Zusammenhang zwischen Demokratien und dem Wirtschaftswachstum. Sie verwenden in ihrer Analyse keinen der üblichen Demokratieindikatoren, sondern arbeiten auf der Basis von Daten von Gasiorowski mit der durch die Länge der Untersuchungsperiode gewichteten Anzahl der Jahre, die ein Land als demokratisch ausweisen. Dabei ist die Investitionsquote in ihrem Basismodell enthalten, so daß dieser Befund wenig verwundert, zumal De Haan/Siermann (1995a) einen signifikanten positiven (aber fragilen) Effekt der Demokratie auf die Investitionsquote nachweisen können. Siermann (1997) weitet diese Studie noch weiter aus, indem er neben der Demokratiedauer nach Gasiorowski auch den Demokratieindex von Gastil testet und überdies perioden- und sample-spezifische Differenzierungen vornimmt. Der Effekt bleibt allerdings der gleiche: Siermann (1997: 155, 159) findet keine Indizien für einen direkten Zusammenhang zwischen Demokratien und dem langfristigen Wirtschaftswachstum. Auch die positive, wenngleich fragile Wirkung der Demokratie auf die Investitionsquote stellt sich erneut ein. Leblang (1996) findet keinen direkten Zusammenhang zwischen der Demokratie und dem Wirtschaftswachstum, zeigt aber, daß Demokratien in höherem Ausmaß ökonomische Eigentums- und Verfügungsrechte garantieren und über diesen Weg indirekt das Wirtschaftswachstum stimulieren (Leblang 1996: 19). Auch Brunetti (1997: 54-59) kommt in seiner Studie zu Resultaten, die insgesamt keinen klaren Regimeeffekt erkennen lassen. Während er für den Demokratieindikator von Bollen eine negative Wirkung auf das Wirtschaftswachstum konstatiert, gelangt er mit dem Demokratieindikator von Gastil zu gegenteiligen Befunden. Kein Effekt ist jedoch signifikant. Ebenfalls keinen Regimeeffekt finden Przeworski/Limongi (1997: 178) sowie Przeworski et al. (2000: Kap. 3) in ihrer methodisch sehr aufwendigen, zum Teil aber auch problematischen Untersuchung.⁵ Przeworski und seine Koautoren finden weder einen Regimeeinfluß auf die Investitionsquote noch auf das Wirtschaftswachstum. Als Fazit stellen die Autoren fest, daß kein *trade-off* zwischen der ökonomischen Entwicklung und der Demokratie besteht. Positiv gedeutet heißt dies, daß die Demokratie Wirtschaftswachstum nicht behindert.⁶

Einige Studien bestätigen zwar die Neutralitätsthese, kommen aber zu differenzierteren Befunden. Durham (1999) kommt mit einem Regimeindikator, der die Anzahl der effektiven Parteien und die Ausgestaltung des Regierungssystems abbildet, zum Ergebnis, daß politische Regime im weltweiten Vergleich keinen Einfluß auf Wachstum und Investitionen ausüben. Durch Unterteilung des *samples* entlang des Niveaus der ökonomischen Entwicklung in acht verschiedene Einkommensgruppen, konnten jedoch Regimeeffekte isoliert werden, die eher für einen Bremseffekt von

5 Przeworski et al. (2000) fokussieren in ihrer kontrafaktischen Analyse auf das kurzfristige Wirtschaftswachstum. Problematisch ist die dichotome Regimevariable, die nur zwischen Demokratie und Autokratie unterscheidet und zweifelhafte Klassifikationen enthält. Botsuana wird beispielsweise als Diktatur eingestuft, da trotz Wahlen bislang kein Machtwechsel stattgefunden hat (Przeworski et al. 2000: 23).

6 In die gleiche Richtung zeigen die Befunde von Weede (1993: 191; 1996: 173), Alesina/Rodrik (1994: 482), Knack/Keefer (1995: 219), Lane/Ersson (1997: 103), Ali (1997: 15) und Dawson (1998: 609).

Regimen mit hohem politischem Willkürpotential (Autokratien) sprechen. Durham (1999: 99) verwirft die These, der zufolge Diktaturen in Ländern auf geringem ökonomischem Entwicklungsniveau die beste Herrschaftsform seien, um die ökonomische Entwicklung voranzutreiben. Außerdem zeigt er, daß hohe Willkür sich in reichen Ländern negativ auf das Wachstum auswirkt (Durham 1999: 102).

Barro (1996: 14) findet keinen linearen Effekt des Demokratieindikators nach Gastil, identifiziert allerdings einen *kurvilinearen* Zusammenhang zwischen dem Demokratisierungsgrad und dem Wirtschaftswachstum. Zu analogen Befunden kommen Obinger (1999, 2000, 2001a) und Plümper/Martin (2000). Demnach gibt es einen kritischen Punkt bis zu dem eine Ausdehnung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten Wirtschaftswachstum fördert, dessen Überschreitung aber mit Wachstumseinbußen einhergeht. Allerdings kann auch hier die Robustheit des Effekts angezweifelt werden (Obinger 2001b). Durham (1999: 97), der ebenfalls einen kurvilinearen Effekt prüft, findet hierfür keine empirische Bestätigung.

Zwei Studien finden Indizien für einen *negativen* Effekt der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum. Feng (1997) zeigt mit Hilfe eines Simultangleichungsdesigns, daß die Demokratie politische Stabilität generiert und die Wahrscheinlichkeit politischer Umstürze reduziert, wodurch gemeinsam mit einem stabilen Institutionensystem indirekt Wirtschaftswachstum begünstigt wird. Er findet jedoch im einfachen Querschnittsvergleich einen unmittelbaren negativen Effekt der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum (Feng: 1997: 406). Gasiowski (2000) findet auf Basis eines gepoolten Untersuchungsdesigns für ein *sample* von 49 Entwicklungs- und Schwellenländer, daß Länder mit höherem Demokratisierungsniveau höhere Inflationsraten und ein geringeres Wirtschaftswachstum aufweisen. Die höheren Inflationsraten sind höheren Defiziten und einem schnelleren Wachstum der Löhne geschuldet und reduzieren ihrerseits wiederum das Wirtschaftswachstum. Im Querschnittsvergleich konnte hingegen kein Bremseffekt von Demokratien konstatiert werden.

Leblang (1997: 460) weist demgegenüber mit einer kombinierten Querschnitts- und Längsschnittsanalyse für den Zeitraum zwischen 1960 und 1989 einen direkten *positiven* Effekt von Demokratien auf das Wirtschaftswachstum nach. Diese Studie ist aber insofern problematisch, als abgesehen vom Startwert des BIP pro Kopf keine ökonomischen Kontrollvariablen in das Modell einbezogen wurden. Der Befund eines signifikanten Schubeffekts der Demokratie auf die ökonomische Entwicklung muß daher hinsichtlich seiner Robustheit als fragil bezeichnet werden. Einen positiven Effekt finden auch Chatterji et al. (1993) in ihrer Studie über 85 Entwicklungsländer. Länder mit ausgebauten politischen Freiheitsrechten besitzen ein höheres Gleichgewichtsniveau des realen BIP pro Kopf als Länder mit schwach ausgebauten politischen Freiheitsrechten. Autokratien konvergieren somit zu einem geringeren Gleichgewichtsniveau (Chatterji et al. 1993: 2033). Allerdings werden auch in dieser Untersuchung keinerlei Kontrollvariablen verwendet. Auch Bhalla (1997) findet einen positiven Effekt von Demokratien auf das Wirtschaftswachstum. Sowohl politische als auch ökonomische Freiheitsrechte erweisen sich als signifikante und robuste Schubkräfte des Wirtschaftswachstums. Der wachstumsfördernde Effekt von Demokratien stellt sich allerdings nur bei Berücksichtigung von Regionaldummies ein (Bhalla

1997: 215). Nur die gemeinsame Berücksichtigung politischer und ökonomischer Freiheitsrechte vermag nach Bhalla (1997) die exzeptionelle Wachstumsperformanz der ostasiatischen Tigerstaaten zu erklären. Ein Blick auf das dieser Studie zugrunde liegende Sample (Bhalla 1997: Appendix III) deutet aber auf einen *sample-bias* hin: In der Untersuchung fehlen durchwegs die alten OECD-Demokratien mit ihren vergleichsweise geringen bzw. mittelmäßigen Wachstumsraten. Ähnlich wie bei Leblang (1997) ist somit ein dickes Fragezeichen bezüglich der Aussagekraft der empirischen Resultate angebracht. Methodisch problematisch ist auch die Untersuchung von Goldsmith (1995), der zwar einen positiven Effekt ausgeprägter politischer Beteiligungsrechte auf das Wirtschaftswachstum konstatiert, allerdings in seiner Modellspezifikation mit dem BIP pro Kopf am Beginn der Untersuchungsperiode eine theoretisch wie empirisch zentrale Variable ausklammert. Mbaku (1994) findet für 117 Länder einen positiven Zusammenhang zwischen dem Demokratieindex nach Bollen (1993) und dem Wirtschaftswachstum zwischen 1970 und 1991. Bei einer Unterteilung des *sample* entlang verschiedener Stufen des Entwicklungsniveaus sind keine Regimeeffekte konstatierbar. Allerdings verwendet Mbaku (1994) abgesehen von der Investitionsquote keinerlei ökonomische Kontrollgrößen zur Prüfung der Robustheit der Ergebnisse, so daß die Befunde kaum sinnvoll interpretiert werden können. Brunetti (1997: 58) konstatiert einen positiven Einfluß der durchschnittlichen Anzahl abgehaltener Wahlen auf das Wirtschaftswachstum, wobei dieser Effekt allerdings nicht robust ist (Brunetti 1997: 78). Nelson/Singh (1998) untersuchen ähnlich wie die Studie von Gasiorowski (2000) nur die Wachstumsperformanz von 67 Entwicklungsländern und finden – im Gegensatz zu Gasiorowski – einen positiven Einfluß der demokratischen Herrschaftsform auf das Wirtschaftswachstum zwischen 1970 und 1989. In die gleiche Richtung deutet die Studie von Feng (1995) zum Zusammenhang zwischen politischen Regimen und der ökonomischen Entwicklung in 11 bzw. 19 lateinamerikanischen Ländern. Zwei Befunde sind erwähnenswert: Erstens weisen zivile Regierungen eine bessere Wachstumsperformanz auf als Militärregime und zweitens findet die Ausdehnung der bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte in höheren Wachstumsraten ihren Niederschlag. Die Befunde variieren jedoch in Abhängigkeit von der Samplegröße. Auch hier stellt sich die Frage nach der Robustheit dieser Befunde. Quinn/Woolley (1999) finden zwar einen positiven Effekt der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum, dieser ist jedoch nicht robust. Allerdings zeigen die beiden Autoren, daß die Volatilität des Wirtschaftswachstums in Demokratien geringer ist. Diesen stärker geglätteten Wachstumspfad von Demokratien erklären Quinn/Woolley (1999) mit einer risikoaversen Wählerschaft, die zugunsten wirtschaftspolitischer Stabilität votiert. Auch Weede (1996) kommt zum Schluß, daß die Varianz der Wachstumsraten in repressiven Autokratien höher ist als in Demokratien, während kein Regimeunterschied hinsichtlich der Höhe des Wirtschaftswachstums festzustellen ist. Sala-i-Martin (1997) findet schließlich einen positiven Effekt von Demokratien auf das Wirtschaftswachstum, der sich darüber hinaus auch als robust erweist.

3. Demokratie und Wirtschaftswachstum: Was wissen wir?

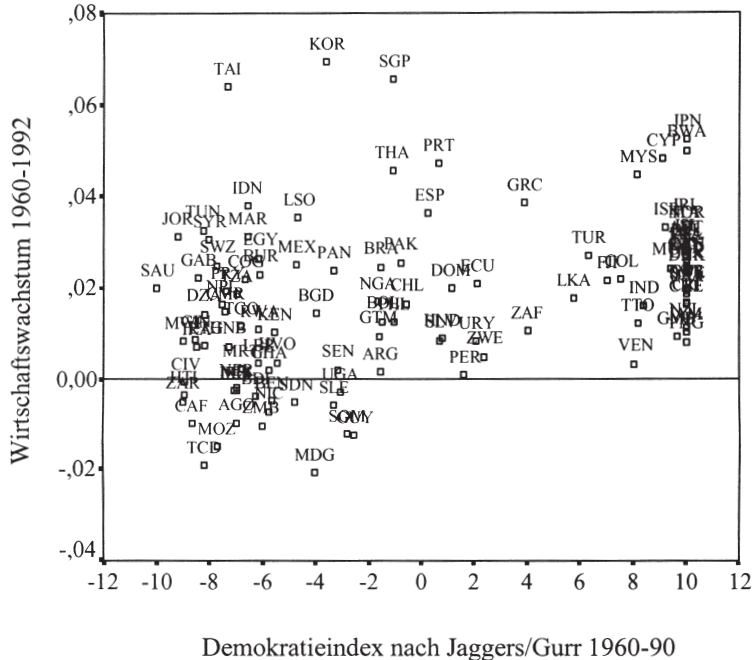
Welche Bilanz kann nun aus den mittlerweile zahlreichen empirischen Untersuchungen zum Einfluß von politischen Regimen auf das Wirtschaftswachstum gezogen werden und wo besteht weiterer Forschungsbedarf?

Vor der Folie des Forschungsstandes kann zunächst die These, daß die Demokratie per se die ökonomische Entwicklung systematisch bremst, verworfen werden. Diese aus den 1960er Jahren stammende Hypothese einer Inkompatibilität zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum steht sowohl theoretisch wie empirisch auf wackeligen Beinen. Zweitens weisen die meisten Studien, die einen positiven Effekt der Demokratie auf die ökonomische Entwicklung orten, insofern methodische Mängel auf, als in den meisten Fällen die Robustheit der Befunde nicht hinreichend getestet wurde. Aus der Zusammenschau dieser Ergebnisse kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß zwischen politischen Regimen und dem Wirtschaftswachstum kein direkter linearer Zusammenhang besteht. Tatsächlich wird dieser Befund auch von zwei Dritteln der ausgewerteten Studien gestützt. Demnach übt die Demokratie keinen unmittelbaren linearen Effekt auf das Wirtschaftswachstum aus, der sich als hinreichend signifikant und robust erweist.

Allerdings könnten politische Regime einen nicht-linearen Effekt auf das Wirtschaftswachstum ausüben. Die wenigen Studien, die diese Möglichkeit gezielt prüfen, deuten in eine vielversprechende Richtung und zeigen, daß der Übergang von der Autokratie zur Demokratie mit höherem Wirtschaftswachstum korrespondiert, das Überschreiten eines kritischen Schwellenwerts im Demokratisierungsniveau jedoch in Wachstumseinbußen mündet. Dies könnte in der Tat erklären, warum viele Studien, die mit einer linearen Spezifikation arbeiten, keinen Regimeeffekt konstatieren können. An diesem Punkt ist jedenfalls weiterer Forschungsbedarf gegeben.

Die Bilanz ändert sich jedoch zugunsten der Demokratie, wenn nicht nur auf unmittelbare Effekte, sondern auch auf indirekte Regimeinflüsse abgehoben wird. So zeigen Gupta et al. (1998: 594), daß Demokratien politisch stabiler und deshalb ökonomisch erfolgreicher sind. Zahlreiche Untersuchungen haben weitere positive Effekte von Demokratien auf zentrale Schubgrößen des Wirtschaftswachstums zutage gefördert. Hierzu zählt ein positiver Einfluß auf die Investitionsquote, das Humankapital und die Qualität von wachstumsrelevanten Institutionen wie der Garantie von wirtschaftlichen Eigentums- und Verfügungsrechten (*property rights*), der Rechtsstaatlichkeit oder der Effektivität des administrativen Systems und der dadurch bedingten Eindämmung gesellschaftlicher Problemlagen wie der Korruption. Allerdings ist die Demokratie nicht die einzige Herrschaftsform, die mit einem hohen Entwicklungsstand dieser Institutionen korrespondiert. Auch einige Autokratien wie die asiatischen Tigerstaaten schneiden diesbezüglich beachtlich ab und konnten daher das ihnen von der neoklassischen Wachstumstheorie prognostizierte hohe Wirtschaftswachstum ausschöpfen. Auch im Hinblick auf diese indirekten Wirkungen von politischen Regimen auf die ökonomische Entwicklung besteht weiterer Forschungsbedarf.

Grafik 1: Wirtschaftswachstum pro Kopf 1960-1992 in Abhängigkeit des durchschnittlichen Demokratisierungsniveaus nach Jagers/Gurr (1995) in 112 Ländern



Anmerkung: Durchschnittlicher Demokratieindex (Demokratiesskala minus Autokratiesskala) nach Jagers/Gurr (1995) zwischen 1960 (bzw. der Unabhängigkeit eines Landes) und 1990. Hohe Werte zeigen eine Demokratie an.

Zwei weitere positive Eigenschaften von Demokratien sind noch hervorzuheben. Demokratien weisen langfristig kein Negativwachstum auf. Wie Grafik 1 zeigt, unterschreitet keine einzige Demokratie die Nullwachstumslinie. Da es sich hierbei um Durchschnittswerte des Demokratieindikators handelt, gilt diese Aussage nur für über einen längeren Zeitraum demokratisch verfaßte Regime. Schrumpfende Ökonomien finden sich demgegenüber nur in Autokratien. Innerhalb der Gruppe der Autokratien fällt – übrigens ganz im Einklang mit Mancur Olsons (1993) theoretisch abgeleiteten Prognosen – die hohe Varianz der Wachstumsraten auf (vgl. Alesina/Perotti 1994: 353; Weede 1996: 168). Die Spannweite des Wirtschaftswachstums innerhalb der Autokratien ist enorm. Neben Autokratien mit schrumpfender Ökonomie finden sich auch Diktaturen, die auf ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von über 6% zurückblicken können. Demokratien sind im Vergleich dazu eine viel homogenere Gruppe, da die Wachstumsraten in dieser Gruppe enger streuen. Diese Kompaktheit findet in einer geringeren Spannweite sowie ei-

ner geringeren Standardabweichung ihren Ausdruck und unterstreicht die Ergebnisse von Quinn/Woolley (1999), wonach Demokratien den Wachstumspfad stärker glätten (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Wirtschaftswachstum in Autokratien und Demokratien 1960-92

<i>Demokratieindex</i>	<i>N</i>	<i>Range</i>	<i>Minimum</i>	<i>Maximum</i>	<i>Mittelwert</i>	<i>Standardabweichung</i>
Jagers/Gurr ≤ 5	76	0,090	-0,021	0,069	0,013	0,019
Jagers/Gurr > 5	36	0,049	0,0035	0,052	0,024	0,014
Freedom House ≥ 7	71	0,090	-0,021	0,069	0,012	0,019
Freedom House < 7	43	0,052	0,0035	0,055	0,025	0,012

Anmerkung: Demokratieindikator nach Freedom House (0-14) und Demokratieindikator nach Jager/Gurr (0-10). Hohe Werte des Jagers/Gurr-Indikators und geringe Werte des Freedom-House-Indikators indizieren entwickelte Demokratien. Die Wachstumsraten des realen BIP pro Kopf basieren auf dem Penn World Table Project.

Zusammenfassend kann folgender, empirisch breit gesicherter Befund festgehalten werden: Es besteht kein *trade-off* zwischen demokratischen Staatsstrukturen und der ökonomischen Entwicklung. Die daraus abgeleitete Schlußfolgerung, daß »the entire controversy seems to have been much ado about nothing« (Przeworski et al. 2000: 178), ist aber überzogen, da dieser Befund aus normativer Perspektive von größter Relevanz ist: Politische Partizipation und Wohlstandsmehrung sind demnach kompatibel. Wirtschaftswachstum ist aber nicht notwendigerweise an demokratische Herrschaftsstrukturen gekoppelt. Dennoch ist die wirtschaftliche Bilanz von Demokratien beachtlich: Demokratien weisen eine bessere Performanz auf als die übelsten Diktaturen und werden lediglich von einigen wenigen Autokratien übertroffen (Alesina/Perotti 1994: 353). Oder mit den Worten von Przeworski/Limongi (1997: 166): »Democracies are less likely to generate both miracles and disasters than dictatorships«.

Literatur

- Alesina, Alberto/Ölzer, Sule/Roubini, Nouriel/Swagel, Phillip 1992: Political Stability and Economic Growth (NBER Working Paper No. 4173), Cambridge, Mass.
- Alesina, Alberto/Perotti, Roberto 1994: The Political Economy of Growth: A Critical Survey of the Recent Literature, in: World Bank Economic Review 8: 3, 351-371.
- Alesina, Alberto/Rodrik, Dani 1994: Distributive Politics and Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics 109: 2, 465-490.
- Ali, Abdiweli M. 1997: Economic Freedom, Democracy and Growth, in: Journal of private enterprise 13: 1, 1-20.
- Azam, Jean-Paul 1994: Democracy and Development: A Theoretical Framework, in: Public Choice 80: 3-4, 293-305.
- Barro, Robert J. 1996: Democracy and Growth, in: Journal of Economic Growth 1: 1, 1-27.
- Barro, Robert J. 1997: Determinants of Economic Growth. A Cross-Country Empirical Study, Cambridge, Mass.
- Beach, William W./Davies, Gareth 1997: The Index of Economic Freedom and Economic Growth, in: Holmes, Kim R./Johnson, Bryan T./Kirkpatrick, Melanie (Hrsg.): 1997 Index of Economic Freedom, Washington, D.C., 1-13.
- Bhalla, Surjit S. 1997: Freedom and Economic Growth: A Virtuous Circle?, in: Hadenius, Axel (Hrsg.): Democracy's Victory and Crisis, Cambridge, 195-241.
- Bollen, Kenneth 1993: Liberal Democracy: Validity and Method Factors in Cross-National Measures, in: American Journal of Political Science 37: 4, 1207-1230.
- Borner, Silvio/Brunetti, Aymo/Weder, Beatrice 1995: Political Credibility and Economic Development, New York.
- Brunetti, Aymo 1997: Politics and Economic Growth. A Cross-Country Data Perspective, Paris.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James D./Siverson, Randolph/Smith, Alastair 2001: Political Competition and Economic Growth, in: Journal of Democracy 12: 1, 58-72.
- Chatterji, Monojit/Gilmore, Brian/Strunk, Kurt/Vanasin, Jon 1993: Political Economy, Growth and Convergence in Less-Developed Countries, in: World Development 21: 12, 2029-2038.
- Clague, Christopher/Keefer, Philip/Knack, Stephen/Olson, Mancur 1996: Property and Contract Rights in Autocracies and Democracies, in: Journal of Economic Growth 1: 2, 243-276.
- Dawson, John W. 1998: Institutions, Investment, and Growth: New Cross-Country and Panel Data Evidence, in: Economic Inquiry 36: 4, 603-619.
- De Haan, Jakob/Siermann, Clemens L. J. 1995a: New Evidence on the Relationship Between Democracy and Economic Growth, in: Public Choice 86, 175-198.
- De Haan, Jakob/Siermann, Clemens L. J. 1995b: A Sensitivity Analysis of the Impact of Democracy on Economic Growth, in: Empirical Economics 20: 2, 197-215.
- Durham, J. Benson 1999: Economic Growth and Political Regimes, in: Journal of Economic Growth 4: 1, 81-111.
- Durlauf, Steven N./Quah, Danny T. 1998: The New Empirics of Economic Growth (NBER Working Paper W6422), Cambridge, Mass.
- Durth, Rainer 2000: Globalisierung und Wirtschaftswachstum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50: 48, 5-11.
- Eichenberger, Reiner 1999: Mit direkter Demokratie zu besserer Wirtschafts- und Finanzpolitik: Theorie und Empirie, in: Arnim, Hans Herbert von (Hrsg.): Adäquate Institutionen: Voraussetzungen für gute und bürgernahe Politik, Berlin, 259-288.
- Eisenstadt, Shmuel N. 1973: Tradition, Change, and Modernity, New York.
- Feld, Lars P./Savioz, Marcel R. 1998: Vox Populi, Vox Bovi? Ökonomische Auswirkungen direkter Demokratie, in: Grözingen, Gerd/Panther, Stephan (Hrsg.): Konstitutionelle Politische Ökonomie, Marburg, 29-80.

- Feng, Yi 1995: Regime, Polity, and Economic Growth: The Latin American Experience, in: *Growth and Change* 26: 1, 77-104.
- Feng, Yi 1997: Democracy, Political Stability and Economic Growth, in: *British Journal of Political Science* 27: 3, 391-418.
- Freedom House (verschiedene Jahrgänge): *Freedom in the World. The Annual Survey of Political Rights & Civil Liberties*, New York.
- Friedman, Milton 1962: *Capitalism and Freedom*, Chicago, Ill.
- Fukuyama, Francis 1992: *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?* München.
- Gasiorowski, Mark J. 2000: Democracy and Macroeconomic Performance in Underdeveloped Countries. An Empirical Analysis, in: *Comparative Political Studies* 33: 3, 319-349.
- Gastil, Raymond D. (verschiedene Jahrgänge): *Freedom in the World: Political Rights and Civil Liberties*, Westport, Conn.
- Geis, Anna 2001: Diagnose Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den »demokratischen Frieden«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42: 2, 282-298.
- Goldsmith, Arthur A. 1995: Democracy, Property Rights and Economic Growth, in: *The Journal of Development Studies* 32: 2, 157-174.
- Grier, Kevin B./Tullock, Gordon 1989: An Empirical Analysis of Cross-National Economic Growth, 1951-80, in: *Journal of Monetary Economics* 24: 2, 259-276.
- Gupta, Dipak K./Madhavan, M. C./Blee, Andrew 1998: Democracy, Economic Growth and Political Instability: An Integrated Perspective, in: *Journal of Socio-Economics* 27: 5, 587-611.
- Hayek, Friedrich A. von 1945: The Use of Knowledge in Society, in: *American Economic Review* 35: 4, 519-530.
- Helliwell, John F. 1994: Empirical Linkages Between Democracy and Economic Growth, in: *British Journal of Political Science* 24: 2, 225-248.
- Huntington, Samuel P. 1968: *Political Order in Changing Societies*, New Haven, Conn.
- Jagers, Keith/Gurr, Ted Robert 1995: Tracking Democracy's Third Wave with Polity III Data, in: *Journal of Peace Research* 32: 4, 469-482.
- Kenny, Charles/Williams, David 2001: What Do We Know About Economic Growth? Or, Why Don't We Know Very Much?, in: *World Development* 29: 1, 1-22.
- Knack, Stephen/Keefer, Philip 1995: Institutions and Economic Performance: Cross country Tests Using Alternative Institutional Measures, in: *Economics and Politics* 7: 3, 207-227.
- Kormendi, Roger C./Meguire, Philip G. 1985: Macroeconomic Determinants of Growth. Cross-Country Evidence, in: *Journal of Monetary Economics* 16: 2, 141-163.
- Kuznets, Simon 1973: Modern Economic Growth: Findings and Reflections, in: *American Economic Review* 63: 3, 247-258.
- Lane, Jan-Erik/Ersson, Svante 1997: *Comparative Political Economy. A Developmental Approach*, London.
- Leblang, David A. 1996: Property Rights, Democracy and Economic Growth, in: *Political Research Quarterly* 49: 1, 5-26.
- Leblang, David A. 1997: Political Democracy and Economic Growth: Pooled Cross-Sectional and Time-Series Evidence, in: *British Journal of Political Science* 27: 3, 453-472.
- Levine, Ross/Renelt, David 1992: A Sensitivity Analysis of Cross-Country Growth Regressions, in: *American Economic Review* 82: 4, 942-963.
- Londregan, John/Poole, Keith T. 1990: Poverty, The Coup Trap, and the Seizure of Executive Power, in: *World Politics* 42: 2, 151-183.
- Maoz, Zeev 1997: The Controversy Over the Democratic Peace, in: *International Security* 22: 1, 162-198.
- Mbaku, John Mukum 1994: The Political Economy of Development: An Empirical Analysis of the Effects of the Institutional Framework on Economic Development, in: *Studies in Comparative International Development* 29: 2, 3-22.

- Mokyr, Joel 1992: *The Lever of Riches. Technological Creativity and Economic Progress*, New York.
- Narr, Wolf-Dieter/Schubert, Alexander 1994: *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt a.M.
- Nelson, Michael A./Singh, Ram D. 1998: Democracy, Economic Freedom, Fiscal Policy, and Growth in LDCs: A Fresh Look, in: *Economic Development and Cultural Change* 48: 4, 677-696.
- Nordhaus, William D. 1975: The Political Business Cycle, in: *Review of Economic Studies* 42: 2, 169-190.
- North, Douglass C. 1990: A Transaction Cost Theory of Politics, in: *Journal of Theoretical Politics* 2: 4, 355-367.
- North, Douglass C. 1992: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen.
- Obinger, Herbert 1999: Politisch-institutionelle Determinanten des Wirtschaftswachstums 1960-92 (Zes-Arbeitspapier 6/1999), Bremen.
- Obinger, Herbert 2000: Politische Regime, politische Stabilität und Wirtschaftswachstum, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6: 2, 1-26.
- Obinger, Herbert 2001a: Die anonyme Sozialpolitik des Marktes. Das Wirtschaftswachstum und seine politisch-institutionellen Grundlagen, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politik*, Opladen, 163-191.
- Obinger, Herbert 2001b: Demokratie, Institutionen und ökonomische Entwicklung, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7: 3, 81-96.
- OECD 1998: Kein Wohlstand ohne offene Märkte. Vorteile der Liberalisierung von Handel und Investitionen, Paris.
- Olson, Mancur 1968: Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen.
- Olson, Mancur 1982: *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, New Haven, Conn.
- Olson, Mancur 1993: Dictatorship, Democracy, and Development, in: *American Political Science Review* 87: 3, 567-576.
- Plümper, Thomas 2001: Die Politik wirtschaftlichen Wachstums in autoritären Staaten, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42: 1, 79-100.
- Plümper, Thomas/Martin, Christian 2000: Political Participation, Government Spending, and Economic Growth (unv. Ms., Universität Konstanz), Konstanz.
- Pourgerami, Abbas 1988: The Political Economy of Development. A Cross-National Causality Test of Development-Democracy-Growth Hypothesis, in: *Public Choice* 58: 2, 123-141.
- Przeworski, Adam/Limongi, Fernando 1993: Political Regimes and Economic Growth, in: *Journal of Economic Perspectives* 7: 3, 51-69.
- Przeworski, Adam/Limongi, Fernando 1997: Democracy and Development, in: Hadenius, Axel (Hrsg.): *Democracy's Victory and Crisis*, Cambridge, 163-194.
- Przeworski, Adam/Alvarez, Michael/Cheibub, José Antonio/Limongi, Fernando 2000: *Democracy and Development: Political Institutions and Well-being in the World 1950-1990*, New York.
- Quinn, Dennis P./Woolley, John T. 1999: *Democracy and National Economic Performance: The Search for Stability* (Working Paper, Georgetown University), Washington, D.C.
- Rieger, Elmar/Leibfried, Stephan 2001: *Grundlagen der Globalisierung*, Frankfurt a.M.
- Rodrik, Dani 1998: Globalisation, Social Conflict and Economic Growth, in: *The World Economy* 21: 2, 143-158.
- Rosenberg, Nathan/Birdzell, L. E. 1986: *How the West Grew Rich. The Economic Transformation of the Industrial World*, London.

- Rummel, Rudolph J.* 1995: Democracies ARE Less Warlike Than Other Regimes, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 457-479.
- Russett, Bruce/Layne, Christopher/Spiro, David E./Doyle, Michael W.* 1995: Correspondence. The Democratic Peace, in: *International Security* 19: 4, 164-184.
- Sachs, Jeffrey D./Warner, Andrew M.* 1995: Economic Reform and the Process of Global Integration, in: *Brookings Papers on Economic Activity* 1995: 1, 1-118.
- Sah, Raaj K.* 1991: Fallibility in Human Organizations and Political Systems, in: *Journal of Economic Perspectives* 5: 2, 67-88.
- Sala-i-Martin, Xavier* 1997: I Just Ran Two Million Regressions, in: *American Economic Review: Papers and Proceedings* 87: 2, 178-183.
- Schmidt, Manfred G.* 2000: *Demokratietheorien*, 3. Auflage, Opladen.
- Schultz, Kenneth A./Weingast, Barry R.* 1996: The Democratic Advantage. The Institutional Sources of State Power in International Competition, Stanford, Cal.
- Scully, Gerald W.* 1988: The Institutional Framework and Economic Development, in: *Journal of Political Economy* 96: 3, 652-662.
- Siermann, Clemens L. J.* 1997: *Politics, Institutions and the Economic Performance of Nations*, Cheltenham.
- Sirowy, Larry/Inkeles, Alex* 1990: The Effects of Democracy on Economic Growth and Inequality: A Review, in: *Studies in Comparative International Development* 25: 1, 126-157.
- Snyder, Jack* 1991: *Myths of Empire. Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca, N.Y.
- Temple, Jonathan* 1999: The New Growth Evidence, in: *Journal of Economic Literature* 37: 1, 112-156.
- Tocqueville, Alexis C. de* 1985: *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart.
- Weede, Erich* 1986: Verteilungskonkordien, Staatstätigkeit und Stagnation, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27: 2, 222-236.
- Weede, Erich* 1993: The Impact of Democracy or Repressiveness on the Quality of Life, Income Distribution and Economic Growth Rates, in: *International Sociology* 8: 2, 177-195.
- Weede, Erich* 1996: Political Regime Type and Variation in Economic Growth Rates, in: *Constitutional Political Economy* 7: 3, 167-176.
- Weede, Erich* 2000: *Asien und der Westen. Politische und kulturelle Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung*, Baden-Baden.
- Wintrobe, Ronald* 1998: *The Political Economy of Dictatorship*, Cambridge.
- Wittman, Donald* 1989: Why Democracies Produce Efficient Results, in: *Journal of Political Economy* 97: 6, 1395-1424.